

# MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

1/2010

## DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Liebe Leserinnen  
und Leser,

Sie halten die erste Ausgabe unseres Malxe-Blattes im Jahr 2010 in Ihren Händen.

Auch in diesem Jahr wollen wir für eine interessante und informative Zeitung sorgen.

Aktuell möchten wir unsere Sicht auf die Stadtpolitik und die dazugehörigen linken Positionen vorstellen. Natürlich freuen wir uns über Ihre Meinungen und auch über Beiträge.

In diesem Sinne wünschen wir allen Leserinnen und Lesern ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2010.

**Anke Schwarzenberg**  
Ortsvorsitzende DIE LINKE in Forst

**Ingo Paeschke**  
Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der SVV Forst

**Helga Neumann**  
Sprecherin der AG Malxe-Blatt

## Eklat bei der Wahl für das Parlamentarische Kontrollgremium

Zur Erklärung: das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) ist für die Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes zuständig und überwacht den Bundesnachrichtendienst (BND), den Militärischen Abschirmdienst (MAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Die Bundesregierung ist nach dem Kontrollgremiumsgesetz dazu verpflichtet, das PKGr umfassend über die allgemeinen Tätigkeiten der Nachrichtendienste und über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten. Das PKGr kann von ihr außerdem Berichte über weitere Vorgänge verlangen. Im PKGr sind alle demokratischen Parteien anteilmäßig vertreten, so war es bisher. Seit dem 17. Dezember ist dies nicht mehr der Fall. Der bisherige Abgeordnete der LINKEN im PKGr, Wolf-

gang Nešković, fiel bei der Wahl durch. Dass ein Abgeordneter einer demokratischen und demokratisch legitimierten Partei nicht gewählt wird, ist ein Eklat, aber nicht als Aktion gegen den Abgeordneten Nešković zu sehen, sondern als Angriff auf DIE LINKE zu werten. Die Jagd auf die Rot-Rote Regierung in Brandenburg, insbesondere auf DIE LINKE, zeigt wohl auch ihre Auswirkungen auf die Bundespolitik. Es wird einen erneuten Anlauf zur Wahl von Wolfgang Nešković in das Parlamentarische Kontrollgremium geben, und man darf davon ausgehen, dass er dann gewählt wird. **Andreas Beckmann**

### Spruch des Monats

»Wer nichts versucht,  
weiß auch nicht,  
dass es schwierig gewesen wäre«

**Hermann Buschak**

## Neues Jahr, alte Themen



Das Jahr 2009 ist Geschichte. Was hat sich in den letzten zwölf Monaten in der Stadt verändert?

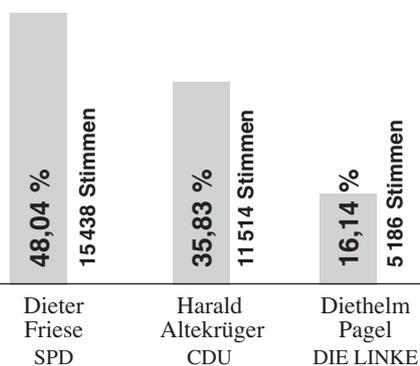
So richtig eigentlich nichts. Im Gewerbegebiet ruht der Bau des

Unternehmens zur Glasbeschichtung nun schon im zweiten Jahr und ob es 2010 zu einer Änderung kommt, steht in den Sternen. Für eine neue Biogasanlage stehen die Chancen allerdings recht gut. Die Grundstücke wurden durch den Investor bezahlt und mit dem Baubeginn darf 2010 wirklich gerechnet werden.

Der Marktplatz ist fast fertig geworden, leider hat es nicht jeder bemerkt. Auch die Planer des Weihnachtsmarktes hatten das wohl übersehen und diesen etwas neben den neuen Markt gestellt. Aber vielleicht erweitert sich der Blick im Jahre 2010.

Das innerstädtische Verkehrschaos ist 2009 noch mal ausgeblieben. ➤ S. 2

## LANDRATSWAHL: Vorläufiges Endergebnis



*Glückwunsch den erfolgreichen Kandidaten!*

Nachdem die Ergebnisse der Direktwahl des Landrates vom 10.01.2010 für den Spree-Neiße-Kreis vorliegen, möchte ich meinen Mitbewerbern für deren gute Wahlergebnisse gratulieren. Natürlich hatte ich für mich die Erwartung, ein besseres Wahlergebnis zu erreichen. Ich möchte mich bei meinen Wählerinnen und Wählern für das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanken. Vor allen möchte ich all jenen Danke sagen, die mich bei meinen intensiven Wahlkampfaktivitäten begleitet und unterstützt haben.

**Diethelm Pagel**

## Schorschels Stadtgeflüster

Apfel« wird im Frühjahr ein neuer Vorstand gewählt. Da unsere Gemeinschaft nun zu den besten in ostdeutschen Bundesländern zählt und auch die gegenwärtigen Medienkampagnen zu den Gutmensch- und Schlechtmensch-Biografien ihre Spuren hinterließen, haben wir beschlossen, unsere 173 Mitglieder in Berlin überprüfen zu lassen! Alle sind damit einverstanden, denn was nützen der beste kleingärtnerische Verstand und das am schönsten gestaltete Gärtchen, wenn der Lebenslauf des Besitzers dunkle Schatten aufweist. Noch heute reichen wir die Anträge ein, und bald wird der

Hallöchen, liebe wintergestresste Malxe-Blatt-Leser, bin heute etwas in Eile, denn in unserer Garten-gemeinschaft »Goldener

Altparzellenrat vor der Lokalpresse auswerten, wer von unseren Mitgliedern Kontakte zum BND oder Verfassungsschutz pflegte bzw. mit diesen geheimen Diensten zusammengearbeitet hat!

Für uns aber viel interessanter ist das Ergebnis der Landratswahl. Dass angeblich das Tief Daisy beim Betrachten der angetretenen Kandidaten anfang zu toben, zu wüten und versuchte, den Spree-Neiße-Kreis zuzuschütten, ist zwar glaubhaft, aber nicht wahr. Wahr ist, dass bei der Stichwahl am 24.01. jeder von uns genau überlegen muss, ob derjenige, der sich seit vielen Jahren immer nur selbst im Mittelpunkt sieht, der richtige ist! Wer wegen seiner Arroganz schlecht mit Menschen umgehen kann, sollte doch besser am heimischen Herd Pudding kochen – oder!?

Euer Schorschel

## Neues Jahr, ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Erst im März soll nun der Bau des Kreisel am Wasserturm beginnen, weil die jetzige Straßenführung ein Unfallschwerpunkt sei. Leider kann sich kaum ein Forster an den letzten Verkehrsunfall in diesem Bereich erinnern, aber, wo das Geld nun mal da ist, muss es auch ausgegeben werden. Die Bürger werden sich auch daran gewöhnen, schließlich gehören Straßensperrungen längst zum Alltag. 2010 wird endlich mal wieder über unsere Grundschulen diskutiert. Wir wollen eine Investitionsentscheidung, entweder für Keune oder für Noßdorf. Andere wollen eine neue Schließungsdebatte. Aus heutiger Sicht sind vier städtische Grundschulen in Forst vertretbar. Die Schülerzahlen reichen dafür aus. Ob dies langfristig so bleibt, kann niemand voraussagen. Sollte also in einigen Jahren doch noch eine Schließung notwendig sein, träge sie natürlich die unsanier-

te Schule. Gerade deshalb ist aus heutiger Sicht ein Bekenntnis zu den Schulstandorten wichtig. Beide Schulen können bei vernünftiger Planung mehr sein als nur eine Schule. Sie können in den Stadtteilen auch als Begegnungszentren für alle Generationen genutzt werden. Darin liegt auch eine Zukunftschance. Was aus leer stehenden Schulen wird, und hier folgt meine persönliche Meinung, kann man an der ehemaligen Realschule sehen. Seit Jahren fehlt der Stadt ein Konzept für die Jugendfreizeiteinrichtungen. Der Standort in der Amtstraße bietet viele Möglichkeiten, nur irgendwann muss mal angefangen werden.

Noch greifbarer ist das Elend um den Forster Hof. Hier verfällt seit Jahren ein stadtbildprägendes Gebäude. Bisher gibt es weder in der Verwaltung, noch in den anderen Fraktionen die Bereitschaft zum Kauf des Objekts. Wollen wir erst warten, bis die ersten Teile einfallen? Natürlich kostet ein Umbau viel Geld, und wir

reden dabei sicher über einen Millionenbetrag, aber dem Verfall weiter zuzusehen, kann ja wohl auch nicht die Lösung sein!

Vom Ausbau der ehemaligen Textilfabrik »Pütschel« werden wir wegen Unfinanzierbarkeit wahrscheinlich Abstand nehmen müssen. Umso wichtiger sind machbare Alternativen im innerstädtischen Bereich.

In drei Jahren wird der Rosengarten 100 Jahre. Ein Konzept für dieses Jubiläum gibt es bisher nicht. Bisher haben die Verwaltung und die SVV sich noch nicht mal über einen Workshop zum Thema verständigen können. Wer in 1000 Tagen ein bedeutendes Jubiläum begehen will, das nachhaltig im Rosengarten Spuren hinterlässt, sollte endlich mal anfangen. Vorschläge haben auch wir unterbreitet. Aber wahrscheinlich kommen diese wieder von den falschen Leuten.

Ingo Paeschke,  
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE  
in der SVV Forst



## Bringt Doppik Transparenz in den Haushalt?

Die Abkürzung Doppik steht für doppelte Buchführung in Konten. Der Unterschied zur bisherigen Haushaltsführung liegt in der Darstellung und Erfassung der Geldmittel.

Bisher wurden im Haushalt die Einnahmen und Ausgaben gezeigt. Im Haushalt nach Doppik werden Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt. Das heißt, für jede kommunale Einrichtung werden Einnahmen und Ausgaben einzeln erfasst.

Der Haushalt wird also in Zukunft nach wirtschaftlichen Kriterien aufgestellt und erkennt genau was sich rechnet.

Wir als LINKE sehen die Einführung der Doppik sehr zwiespältig, denn nicht jede kommunale Einrichtung rechnet sich. Es gibt Einrichtungen, die immer auf finanzielle Unterstützung angewiesen sein werden, wie z.B. Jugendeinrichtungen, kulturelle Einrichtungen und, und ...

Es ist aber gesetzlich vorgeschrieben,

und wir müssen in den Kommunen zügig an der Umstellung arbeiten.

Das bedarf umfangreicher Vorarbeiten durch die Stadtverwaltung und die Stadtverordnetenversammlung.

So ist z.B. das Vermögen der Stadt zu bewerten. Dazu gehört jede Straße, jede Straßenlaterne, jedes Gebäude, jedes Flurstück, jeder Friedhof und ...

Wird zu hoch bewertet, kann sich eine Kommune aufgrund der jährlichen Abschreibungen noch höher verschulden. Wird zu niedrig bewertet, können sich notwendige Neuinvestitionen zeitlich verschieben oder ganz wegfallen.

In Brandenburg ist die Einführung der Doppik für den Haushalt 2011 gesetzlich vorgeschrieben. Die dazugehörige Eröffnungsbilanz muss bis zum 30.06.2011 den Stadtverordneten zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Bisher sind wir Stadtverordnete nicht in die Vorbereitungen einbezogen worden. Wir wissen lediglich, dass zurzeit die Vermögensbewertung erfolgt. Darüber, wel-

che Kriterien dieser Bewertung zugrunde liegen, wurden wir noch nicht informiert. Der Entwurf eines Produktplanes wurde uns vorgestellt. Zu einer inhaltlichen Diskussion mit den Stadtverordneten zeigte die Stadtverwaltung bisher keine Aktivitäten.

Es entsteht der Eindruck, die Stadtverwaltung allein entscheidet über den zukünftigen Rahmen des Haushaltes. Sie verkennet, dass die Stadtverordnetenversammlung den Spielraum zur Gestaltung hat und auch wahrnehmen will.

Leider ist die Finanzausschusssitzung am 11.01.10 mit der Begründung mangelnder Beratungsthemen und Vorlagen abgesagt worden. Das ist nicht nachvollziehbar. Wahrscheinlich erfahren die Stadtverordneten wieder aus der Presse, wie der Stand der Vorbereitung ist. Mit Transparenz in der Verwaltungsarbeit und Demokratie hat das wenig zu tun.

Anke Schwarzenberg,  
Mitglied des Ausschusses für  
Finanzen und Rechnungsprüfung

## Prekäre Beschäftigung stoppen – gute Arbeit schaffen

**Die Regierungspolitik in den zurückliegenden zehn Jahren hat den bundesdeutschen Arbeitsmarkt grundlegend verändert.**

Die Koalitionen unter Kanzler Schröder und seiner Nachfolgerin Merkel haben gezielt Minijobs, befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit gefördert. DIE LINKE verlangt in einer Kleinen Anfrage Auskunft von der Bundesregierung. Das Ergebnis ist erschreckend: Schlecht bezahlte und unsichere Arbeit wuchs massiv an – auf Kosten sicherer Vollzeitstellen. Von 1999 bis 2008 fielen 1,36 Mio. Vollzeitstellen weg (-6%), während die Zahl der Teilzeitstellen um

1,33 Mio. zunahm (+36%). Von 2003 bis 2008 entstanden 1,55 Mio. Minijobs (+27%). Union und FDP wollen die Minijobs sogar noch ausweiten.

### Christlich-liberaler Zynismus

Die schwarz-gelbe Bundesregierung antwortet gelassen: »Flexible Beschäftigungsformen sind als Reaktion auf die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft, neue Technologien und den Strukturwandel für Arbeitgeber unerlässlich. Sie dienen vielfach auch den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Lebensplanung und Erwerbsarbeit besser zu vereinbaren.«

### Gute Arbeit schaffen

Hartz IV und Leiharbeit haben zu einem Erdbeben bei Löhnen und regulären Arbeitsplätzen geführt. Der Steuerzahler subventioniert Armutslöhne durch Hartz-IV-Zuschüsse jährlich mit Milliardenbeträgen mit. Um den Trend in Richtung prekäre Beschäftigung zu stoppen und umzukehren, fordert DIE LINKE:

- die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns;
- die Abschaffung von Hartz IV;
- das Ende von Lohndumping durch Leiharbeit sowie
- die Eindämmung von Minijobs und befristeter Beschäftigung.

## Arbeitslosengeld in der Krise auf zwei Jahre verlängern

»Das Drama am Arbeitsmarkt bahnt sich seinen Weg«, kommentiert der stellvertretende Parteivorsitzende Klaus Ernst Äußerungen des Chefs der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, der für das kommende Jahr einen massiven Jobabbau im Exportsektor prognostiziert.

»Die Folgen der Krise treffen nun massiv langjährig Beschäftigte und qualifizierte Kernebeschäftigten. Viele der derzeit von

Kurzarbeit Betroffenen sind perspektivisch von Arbeitslosigkeit bedroht.« Klaus Ernst fordert deshalb entschiedene Gegenmaßnahmen der Bundesregierung: Es ist ein Gebot der Stunde, die Dauer des Arbeitslosengeldes während der Krise befristet auf zwei Jahre auszuweiten. Nur so kann die Durststrecke am Arbeitsmarkt überbrückt und ein massenhafter Absturz von Kernebeschäftigten in Hartz IV verhindert werden. Jetzt zeigt sich auch immer deutlicher,

dass die finanzielle Austrocknung der Bundesagentur für Arbeit durch die große Koalition eine katastrophale politische Fehlentscheidung war, die dringend revidiert werden muss. Der einmalige Bundeszuschuss für 2010 ist dazu bei weitem nicht ausreichend. Der Bund muss wieder generell für das Defizit haften und den Finanzrahmen der Bundesagentur neu regeln.

**Klaus Ernst**

14. Dezember 2009



### Der Bundesgeschäftsführer meint Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen

#### Umverteilungs- beschleunigungsgesetz sollte es heißen

**Zur Zustimmung des Bundesrates zum »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« erklärt der Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Dietmar Bartsch, am 18. Dezember 2009:**

Die Zustimmung zum sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung ist erkaufte mit Geld, das die Regierung Merkel gar nicht hat. Die Entlastung von Konzernen, Groß-Erben und Beserverdienern sowie von Hotels wird finanziert durch eine massive Belastung der Haushalte von Ländern und Kommunen. Spannend wäre es, zu erfahren, welche Botschaft die Kanzlerin ihren Landesfürsten unter den Baum legt. Wie hoch ist der Kaufpreis von Schleswig-Holstein?

Es ist nicht die Zeit für Steuergeschenke an wenige, die von der Allgemeinheit im kommenden Jahr durch Einschnitte ins ohnehin löchrige soziale Netz aufgefangen werden müssen. Der alte Stiefel neoliberaler Politik, wonach Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden, wird von

Schwarz-Gelb allen Konsequenzen zum Trotz fortgeführt.

Mit dem heute beschlossenen Gesetz wird nur eines beschleunigt: Die Umverteilung von unten nach oben. DIE LINKE fordert eine Abkehr vom Linke-Tasche-rechte-Tasche-Prinzip. Dringend geboten wären eine Millionärsteuer, eine gerechte Erbschaftsteuer, ein Spitzensteuersatz, der den Namen verdient und eine Börsenumsatzsteuer. So kann die Verschuldung der öffentlichen Haushalte reduziert werden. Der Bundeshaushalt muss saniert werden, aber nicht zu Lasten der Länder und Kommunen.

#### Regierung in Froststarre

**Zur Situation auf dem Arbeitsmarkt im Monat Dezember erklärt der Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Dietmar Bartsch, am 5. Januar 2010:**

Die Arbeitslosigkeit ist im Dezember erheblich angestiegen. Laut offizieller Statistik erlebten 3,276 Millionen Menschen den Jahreswechsel in Arbeitslosigkeit. Ohne statistische Taschenspielertricks sind es sogar 4,55 Millionen Arbeitslose. Für sie und ihre Familien, aber auch für viele andere, beginnt ein Jahr voller Ungewissheit

und Unsicherheit, denn eine Besserung am Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht.

Die Zahlen belegen, dass die Krise lange nicht vorbei ist, sie schlägt jetzt auf den Arbeitsmarkt durch. Dringendes Handeln der Regierung ist geboten. Schwarz-Gelb ist völlig zerstritten, zerstrittener als es die Große Koalition selbst im Wahlkampf war. Die Verantwortlichen, allen voran Frau von der Leyen, verharren in arbeitsmarktpolitischer Froststarre. Mehr als die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes haben sie nicht hinbekommen. Vernünftige Maßnahmen für den Arbeitsmarkt fehlen gänzlich. Der Osten ist offensichtlich abgeschriebe, an der nahezu doppelt so hohen Arbeitslosigkeit stört sich in der Regierung niemand.

Stattdessen wird die Erhöhung des Arbeitslosenbeitrags debattiert: Nicht, um Arbeitslosen in bezahlte Beschäftigung zu helfen, sondern um Haushaltslöcher zu stopfen. Logisches Handeln sieht anders aus: Vernünftige Arbeitsmarktpolitik brächte Menschen schneller in sozialversicherungspflichtige Arbeit, erhöht so das Steueraufkommen. DIE LINKE fordert darüber hinaus einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro, die Abschaffung des Renteneintrittsalters erst ab 67 und das Verbot von Massenentlassungen bei wirtschaftlich gesunden Unternehmen.

Statt Untätigkeit ist sofortiges Handeln gefordert. Gute Arbeit zu guten Löhnen hilft den Menschen und auch dem Steuersäckel von Bund, Ländern und Gemeinden.

## Newsletter

### Wer Grundrechte wahrnimmt, wird via »Elena« erfasst

Nach Medienberichten sollen via »Elena« künftig Arbeitnehmer zentral erfasst werden, die zum Beispiel an Streiks teilnehmen. Dazu erklärt **Petra Pau**, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Die staatliche Datensammelwut ist maßlos. Wer verbrieft Grundrechte wahrnimmt, landet in einer Zentraldatei. DIE LINKE hatte »Elena« bereits abgelehnt, als es »nur« um die Erfassung von Löhnen und Gehältern ging. Nun geht es auch um persönliche und politische Einstellungen. Das ist völlig inakzeptabel. *Berlin, den 12. Dezember 2009*

### Zweite Rolle rückwärts beim Kampf gegen Rechtsextremismus

Familienministerin Kristina Köhler will die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus auf Linksextremismus und Islamismus ausdehnen. Dazu erklärt **Petra Pau**, Mit-

glied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Innenausschuss:

Diese Rolle rückwärts war angekündigt. Es ist die zweite in Folge. – Vor vier Jahren hatte die CDU/CSU zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus quasi verstaatlicht. Nun sollen die wenigen Bundesmittel gegen Rechtsextremismus auch noch gesplittet werden. Während rechtsextreme Truppen strategisch mit langem Atem agieren, reagiert die Bundesregierung kurzsichtig und ideologisch. Es ist ein Trauerspiel. *Berlin, den 5. Dezember 2009*

### Fünf Jahre Hartz IV sind fünf Jahre Armut und Ausgrenzung per Gesetz

Seit dem 1. Januar 2005 ist Hartz IV in Kraft. Es wurde durch die rot-grüne Koalition mit den Stimmen von Union und FDP eingeführt. **Katja Kipping**, stellvertretende Parteivorsitzende, stellte dazu in einer Erklärung fest:

»Für viele Menschen war und ist die Einführung von Hartz IV eine radikale Verschlechterung ihrer Situation. Das vollmundig versprochene Ziel, Menschen einen verbesserten Zugang zur Erwerbsarbeit zu ermöglichen, wurde nicht erreicht.«

## PINNWAND

### Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22

Di., 19.01., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**  
 Di., 26.01., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**  
 Mo., 08.02., 18:30 Uhr: **AG Malxe-Blatt**  
 Di., 09.02., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**  
 Di., 16.02., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**

### Luftnummer

Fluglinien sollen ab 2010 Steuern auf die Passagierverpflegung an Bord zahlen. Besteuert werden soll wie bei Fastfood-Ketten: 19 Prozent, wenn die Passagiere drin essen, und 7, wenn sie damit rausgehen.

**Frank B. Klinger**

### Um die Steuern erleichtern

Um die umstrittenen Steuerentlastungen nun doch realisieren zu können, überlegt die Koalition, sie zwar zu gewähren, sie im gleichen Zuge aber zu 100 Prozent zu besteuern.

**MK**

### Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät **am 8. Februar** ab 10 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22

**Terminvereinbarung** telefonisch oder persönlich  
 jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

**Beratungsgebühr** zwischen 5 und 10 €.

### Geburtstage

24.01.: 83 Jahre, Helga Rubin  
 10.02.: 76 Jahre, Ingeborg Jarmusch  
 13.02.: 68 Jahre, Erika Schmotz

*Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!*



Aus Eulenspiegel Nr. 1/10

### Bewährungsprobe

Laut Angela Merkel steht Deutschland vor einer Bewährungsprobe. Bei den neugewählten Bewährungshelfern ist es allerdings fraglich, ob man sich anstelle von Bewährung nicht lieber gleich ordentlichen Knast wünschen soll.

**Werner Lutz**

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
 V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst  
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
 oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)  
 E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.